

Vertragskonditionen Generalplanung

§ 1 Vertragsgegenstand

Gegenstand dieses Vertrages sind die im Auftrag (=Generalplanervertrag) näher beschriebenen Leistungen. Die im Auftrag näher beschriebenen Zielvorstellungen des Auftraggebers zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses werden – im Sinne werkvertraglicher Beschaffenheitsvereinbarungen – vereinbart. Auch später neu hinzukommende oder geänderte Zielvorstellungen des Auftraggebers sind als Beschaffenheitsvereinbarung zu behandeln, sofern die Vertragsparteien nicht etwas Abweichendes ausdrücklich bestimmen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine Leistungen so zu erbringen, dass die definierten und fortgeschriebenen Zielvorstellungen in bestmöglicher Weise verwirklicht werden können. Des Weiteren verpflichtet sich der Auftragnehmer, den Auftraggeber umgehend und umfassend zu unterrichten, sobald erkennbar wird, dass die Verwirklichung von Zielvorstellungen – gleich aus welchem Grund – gefährdet ist. Schadensersatzansprüche des Auftraggebers wegen des Nichterreichens von Zielvorstellungen setzen ein Verschulden auf Seiten des Auftragnehmers voraus.

§ 2 Beauftragung

(1) Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer nach Maßgabe dieses Vertrages mit der Erbringung von Leistungen, die wie im Auftrag beschrieben den Leistungsbildern nach HOAI und den einschlägigen AHO-Heften entsprechen sowie mit weiteren Leistungen gemäß dem Auftrag. Die Parteien sind sich darüber einig, dass die Beauftragung des Auftragnehmers erst mit Abschluss dieses Vertrages zustande kommt. Eine vorherige mündliche Beauftragung ist nicht erfolgt.

(2) Abgerufen werden zunächst nur die Leistungen der mit diesem Auftrag unmittelbar beauftragten Leistungen gem. Auftrag. Die Verpflichtung zur Erbringung der wechselseitigen Leistungen der Vertragsparteien für Leistungsstufen, die der Auftraggeber nicht mit Vertragsschluss abrufen, steht unter der aufschiebenden Bedingung, dass der Auftraggeber diese zukünftig ganz oder teilweise (siehe nähere Erläuterung im Auftrag) abrufen. Der Abruf erfolgt (Textform genügt) durch ein von zwei Mitarbeitern der Stadt Wermelskirchen unterzeichnetes Schriftstück und ist wirksam, gleich ob diese mit i.A., i.V. oder ohne Vertretungshinweis unterzeichnen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber den Empfang des (teilweisen) Stufenabrufs unverzüglich, jedenfalls innerhalb von 3 Werktagen, in Schriftform zu bestätigen. Die Übersendung dieses Dokuments an den Auftraggeber hat als Original per Post zu erfolgen (für die Einhaltung der Frist genügt eine Übermittlung als Telefax oder Scan vorab). Auch für weitere Abrufe richtet sich daher das Honorar ungeachtet einer Änderung der HOAI nach der HOAI 2021, soweit es sich um Leistungsbilder der HOAI handelt, im Übrigen nach den in Bezug genommenen AHO-Heften.

(3) Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf einen Abruf der Leistungen weiterer Auftragsstufen. Er verpflichtet sich, auch die über die mit diesem Auftrag unmittelbar beauftragte Stufe hinausgehenden Leistungen (siehe Ziffer 2 des Auftrags) nach den Bedingungen dieses Vertrages zu erbringen, sofern diese Leistungen durch den Auftraggeber abgerufen werden.

Der Auftragnehmer ist berechtigt, den Auftraggeber mit Ablauf von 6 Monaten nach vollständiger (auf die „Wesentlichkeit“ der noch zu erbringenden Leistungen kommt es nicht an) Erbringung und Beendigung sämtlicher bei Vertragsschluss beauftragten bzw. im Anschluss abgerufenen Leistungen in Schriftform mit einer Frist von drei Wochen zu einer verbindlichen Erklärung über den Abruf weiterer Leistungen aufzufordern. Beendet sind die Leistungen in diesem Sinne, nicht vor dem Zeitpunkt, zu dem der Auftragnehmer dem Auftraggeber die vollständige Erbringung der Leistungen in Textform angezeigt hat.

Fordert der Auftragnehmer den Auftraggeber in Schriftform mit einer Frist von drei Wochen zu einer Erklärung über den Abruf auf und erklärt der Auftragnehmer mit dieser Aufforderung, dass er die weitere Vertragserfüllung bezüglich noch nicht abgerufenen

Leistungen ablehne, wenn innerhalb dieser Frist von drei Wochen kein Abruf weiterer Leistungen eingeht, so gilt die Bedingung für die bis zu diesem Datum noch nicht abgerufenen Leistungen als nicht eingetreten und der Auftragnehmer ist entsprechend nicht zur Erbringung weiterer noch nicht abgerufenen Leistungen verpflichtet, es sei denn, der Auftragnehmer bewirkt innerhalb dieser Frist den Zugang eines weiteren Leistungsabrufs beim Auftraggeber.

Eine (Teil-) Abnahme ist mit der Beendigung einer Stufe / der vorbeschriebenen (zwischenzeitlichen) Beendigung von Leistungen nicht verbunden. Für die Frage der Abnahme der Leistungen des Auftragnehmers gilt ausschließlich § 17.

(4) Aus Projektverzögerungen, die allein auf die stufenweise Beauftragung zurückzuführen sind, kann der Auftragnehmer einen zusätzlichen Vergütungs- oder sonstigen Zahlungsanspruch nicht herleiten. Der Auftraggeber ist berechtigt, noch nicht abgerufene Teilleistungen von Stufen oder ganze Stufen oder alle Leistungen jenseits der mit diesem Auftrag unmittelbar beauftragten Stufe an Dritte zu vergeben.

(5) Die Regelungen des § 650r BGB bleiben von den Absätzen 1 bis 4 unberührt.

(6) Der Auftragnehmer wird über die Beschreibung im Auftrag hinaus mit folgenden Leistungen beauftragt:

- Einhaltung der Inhalte und Vorgaben der Vertragsanlagen
- Dokumentation des Planungs- und Bauablaufs (§ 15)
- Berücksichtigung der Kosten der KG 700 bei der Kostenschätzung, der Kostenberechnung, dem Kostenanschlag, der Kostenkontrolle und der Kostenfeststellung
- Entgegennahme und Abzeichnung von Stundenlohnnachweisen, soweit Stundenlohnarbeiten vom Auftraggeber beauftragt wurden; zur Beauftragung von Stundenarbeiten ist der Auftragnehmer nicht bevollmächtigt

§ 3 Grundlagen des Vertrages

Grundlagen des Vertragsverhältnisses sind, und zwar im Falle von Widersprüchen, die im Wege der Auslegung nicht aufzulösen sind, in dieser Reihenfolge:

(1) Die im Auftrag genannten Bestimmungen.

(2) Die für das Bauvorhaben relevanten öffentlich-rechtlichen Bestimmungen einschließlich der Regelungen zur Vergabe durch öffentliche Auftraggeber.

(3) Die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches, insbesondere diejenigen über den Werkvertrag (§ 631 ff. BGB), die Landesbauordnung und die Baugenehmigung, sobald diese vorliegt.

(4) Soweit in diesem Vertrag auf die HOAI verwiesen wird, bezieht sich dieser Verweis auf die HOAI 2021. Die Parteien stellen klar, dass mit Verweisen auf die HOAI im Rahmen dieses Vertrages und seiner Anhänge keine vertragliche Vereinbarung zu einem Mindesthonorar oder einem Höchsthonorar erfolgt.

§ 4 Leistungspflichten des Auftragnehmers

(1) Der Auftragnehmer hat sämtliche Leistungen der Anlage 2 zu erbringen, und zwar unabhängig davon, ob sie im Einzelfall zur Erzielung des Gesamterfolges erforderlich sind oder nicht.

(2) Soweit über die in dem vorstehenden Absatz 1 beschriebenen Einzelleistungen hinaus weitere Leistungen zur Erzielung des geschuldeten Gesamterfolges erforderlich werden, sind auch diese in den Grenzen, die sich aus den gesetzlichen Beschränkungen (z.B. Leistungen die den rechts- und steuerberatenden Berufen vorbehalten sind, Leistungen, die unter keinem Gesichtspunkt einem Architekten zuzuordnen sind, Leistungen die gegen ein gesetzliches Verbot verstoßen) ergeben, vom Auftragnehmer zu erbringen.

(3) Der Auftragnehmer hat die Durchführung der Arbeiten durch geeignete Besetzung und Präsenz auf der Baustelle so zu überwachen, dass ein optimaler Bauablauf gewährleistet ist. Er hat durch häufige und regelmäßige Kontrollen zu gewährleisten, dass seine Anweisungen einer sachgerechten Erledigung und Umsetzung zugeführt und die von ihm vorgesehenen Termine

eingehalten werden. Maßnahmen, die ein erhöhtes Mangelrisiko und/oder ein erhebliches Schadensrisiko aufweisen, muss er in besonderer Weise durch Anwesenheit auf der Baustelle überwachungsintensiv begleiten.

(4) Der Auftragnehmer hat seine Leistungen (in dieser Reihenfolge) entsprechend dem Stand der Technik – wobei unter dem Stand der Technik alle technischen Verfahren, Produkte, Standards und Qualitäten zu verstehen sind, die technisch machbar und wissenschaftlich beherrschbar und erforscht sind – den allgemein anerkannten Regeln der Technik, in Übereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen des öffentlichen Rechts und den ihm bekannten (fortgeschriebenen) Zielvorstellungen des Auftraggebers wie im Auftrag beschrieben in Umsetzung eines iterativen Prozesses zu erbringen. Der Auftragnehmer hat seine Leistungen außerdem in möglichst wirtschaftlicher Weise zu erbringen. Dies bedeutet insbesondere, dass sämtliche Leistungen im Rahmen der sonstigen Vorgaben und Zielvorstellungen des Auftraggebers sowie des technisch und rechtlich Möglichen mit dem Ziel größtmöglicher Kosteneinsparung sowohl bei der Errichtung des Bauvorhabens als auch bei der späteren Nutzung (energiearme, wartungsfreundliche, umweltschonende und langlebige Systeme) zu erbringen sind. Unter anderem ist hierfür die Erstellung und Fortschreibung der Ermittlung der Nutzungskosten nach DIN 18960 (Nutzungskosten im Hochbau) die Grundlage. Ist zwischen Vertragsschluss und Fertigstellung des Bauvorhabens oder in absehbarer Zeit nach Fertigstellung des Bauvorhabens mit Gesetzes- oder Technikänderungen zu rechnen, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unter Beschreibung der Vor- und Nachteile sowie der damit verbundenen Kosten und Einsparmöglichkeiten darauf hinzuweisen. Er darf nur mit bauaufsichtlich zugelassenen Materialien, auf der Grundlage des heutigen Wissensstands giftfreien Stoffen und nach dem heutigen Stand der Technik sowie dem heutigen Wissensstand umweltverträglichen Materialien planen.

(5) Entstehen Widersprüche, z.B. zwischen verschiedenen Zielvorstellungen des Auftraggebers, zwischen den Zielvorstellungen des Auftraggebers und den anerkannten Regeln der Technik / dem Stand der Technik oder aber zwischen den anerkannten Regeln der Technik und dem (neuesten) Stand der Technik bzw. der Wissenschaft, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber entsprechend aufzuklären und zu unterrichten sowie Entscheidungshilfen zu geben und Entscheidungsalternativen zu formulieren. Die Entscheidung ist dann durch den Auftraggeber zu treffen. Die vom Auftraggeber vorgegebenen (fortgeschriebenen) Zielvorstellungen sind nur insoweit für den Auftragnehmer verbindlich, als sie in sich widerspruchsfrei sind und auch nicht im Widerspruch zu den anerkannten Regeln der Technik bzw. zu zwingenden öffentlich-rechtlichen Bestimmungen stehen oder als sich der Auftraggeber trotz vollumfänglicher Aufklärung durch den Auftragnehmer in Kenntnis der Konsequenzen mit diesen in Widerspruch setzt.

(6) Der Auftragnehmer darf von Unternehmen, die sich an diesem oder einem anderen Bauvorhaben des Auftraggebers beteiligen, beteiligen möchten oder beteiligt haben, keinerlei Vorteile, seien es finanzielle oder andere wirtschaftliche Vorteile, entgegennehmen. Insbesondere darf der Auftragnehmer nicht Vorteile dafür annehmen, dass er einen Unternehmer bevorzugt behandelt. Für den Fall, dass der Auftragnehmer gegen diese Vereinbarung verstößt, verwirkt der Auftragnehmer eine in das Ermessen des Auftraggebers gestellte, von diesem nach pflichtgemäßem Ermessen festzusetzende Vertragsstrafe, es sei denn, der Auftragnehmer hat den Verstoß nicht zu vertreten. Ferner ist der Auftraggeber berechtigt, den Vertrag in diesem Fall fristlos zu kündigen, es sei denn, der Auftragnehmer hat den Verstoß nicht zu vertreten. Der Auftraggeber ist berechtigt, sämtliche Schäden, die durch die fristlose Kündigung bei ihm entstehen, gegenüber dem Auftragnehmer geltend zu machen.

(7) Die jeweilige Vertretung der im Auftrag genannten verantwortlichen Personen des Auftragnehmers dürfen nicht zeitgleich mit den dort genannten Hauptverantwortlichen (z.B. ProjektleiterIn bzw. BauleiterIn und deren jeweilige Stellvertreter) abwesend sein. Der Auftragnehmer hat alle vereinbarten

Leistungen durch eine geeignete Besetzung und Präsenz umzusetzen. Die Besetzung ist auf Verlangen nachzuweisen. Die Beauftragung von freien Mitarbeitern oder Subunternehmen (zusammen: Unterbeauftragte) hat er dem Auftraggeber unverzüglich in Textform anzuzeigen. Der Auftraggeber ist berechtigt, der Beauftragung von Unterbeauftragten jederzeit zu widersprechen, sofern der Widerspruch aus wichtigem Grunde gerechtfertigt ist. Ein wichtiger Grund ist insbesondere die Unterbeauftragung an Personen mit unzureichender Berufserfahrung. Unzureichend ist die Berufserfahrung dann, wenn die Unterbeauftragten oder die von diesem eingesetzten verantwortlichen Mitarbeiter (z.B. ProjektleiterIn, stellvertr. ProjektleiterIn, BauleiterIn und stellvertr. BauleiterIn) in dem für sie vorgesehenen Tätigkeitsfeld nicht mindestens die in § 15 Abs. 5 (mit dortigem Verweis auf den Auftrag) ausgewiesene Berufserfahrung haben. Diese ist dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen. Gelingt dieser Nachweis nicht oder erbringt der Auftragnehmer diesen Nachweis nicht, liegt ein wichtiger Ablehnungsgrund vor. Die Beauftragung von Unterbeauftragten bedarf in jedem Fall der vorherigen, schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers in Textform. Die Unterbeauftragten sind zu weiteren Unterbeauftragungen nicht berechtigt.

(8) Behinderungsanzeigen werden unverzüglich, spätestens am Tag nach deren Zugang, vom Auftragnehmer auf ihre inhaltliche Berechtigung geprüft. Anschließend wird von ihm unverzüglich eine Stellungnahme an die die Behinderung anzeigende Firma verschickt, in der die Behinderung mit Angabe zu den Gründen zurückgewiesen oder umgehend Maßnahmen zur Beseitigung der Behinderung angegeben werden. Eine Kopie dieses Schreibens wird zeitgleich an den zuständigen Projektleiter des Auftraggebers verschickt. Sollte eine Behinderung vorgelegen haben, wird der Auftragnehmer für die unverzügliche Beseitigung der Behinderung (ggf. unter unverzüglicher Hinzuziehung der weiteren fachlich Beteiligten und wenn zwingend notwendig des Auftraggebers) unter Einsatz aller ihm zur Verfügung stehender Mittel Sorge tragen, die Beseitigung der hindernden Umstände der Firma unverzüglich in Textform mitteilen, die Dauer der Behinderung festlegen und die sich wegen der Behinderung ergebenden verlängerten Vertragsfristen mit der Firma neu festschreiben. Bedenkenanmeldungen werden ebenfalls unverzüglich, spätestens am Tag nach deren Zugang, vom Auftragnehmer auf ihre inhaltliche Berechtigung geprüft. Anschließend wird von ihm unverzüglich eine Stellungnahme an die die Bedenken anzeigende Firma verschickt, in der die Bedenken mit Angabe zu den Gründen zurückgewiesen oder umgehend Maßnahmen angegeben werden, die den berechtigten Bedenken Rechnung tragen. Eine Kopie dieses Schreiben wird zeitgleich an den zuständigen Projektleiter des Auftraggebers verschickt. Sollten berechnete Bedenken vorliegen, die kostenauslösende Maßnahmen veranlassen oder wesentliche Auswirkungen auf die Baumaßnahme haben, ist der Inhalt des Schreibens mit dem zuständigen Projektleiter des Auftraggebers abzustimmen.

(9) Garantien, Verantwortung und Haftung des Auftragnehmers werden in keiner Weise durch vom Auftraggeber gegebene Zustimmungen, Freigaben jeglicher Art oder Vorschläge eingeschränkt. Das Gleiche gilt für vom Auftraggeber gegebene Anordnungen bzw. Vorschriften, sofern der Auftragnehmer nicht in jedem Fall unverzüglich dagegen einen begründeten Einspruch in Schriftform erhebt, in dem ausdrücklich auf die möglichen Nachteile hingewiesen wird. Sollte der Auftraggeber trotz der begründeten Bedenken/Einspruchs des Auftragnehmers auf einer Befolgung seiner Anordnung bzw. Vorschriften bestehen und den Auftragnehmer anweisen, haftet der Auftragnehmer nicht für Mängel, die allein aus der Berücksichtigung der vom Auftraggeber gegebenen Anordnungen bzw. Vorschriften entstehen. Der Umstand, dass der Auftraggeber gegen Zeichnungen, Konzepte, (Termin-)Pläne, Vorschläge, Berechnungen oder sonstige Dokumente des Auftragnehmers, die sich später als unzuverlässig oder fehlerhaft erweisen, keinen Einspruch erhoben hat, entbindet den Auftragnehmer ebenfalls nicht von seiner Verantwortung.

§ 5 Bevollmächtigung des Auftragnehmers

(1) Der Auftraggeber bevollmächtigt den Auftragnehmer im Zusammenhang mit der Erbringung seiner Leistungen mit der Vornahme folgender Handlungen bzw. Abgabe folgender Erklärungen:

- Ortstermin zur Überprüfung der fertiggestellten Leistung
- Entgegennahme und Abzeichnung von Stundenlohnnachweisen, soweit Stundenlohnarbeiten vom Auftraggeber beauftragt wurden; zur Beauftragung von Stundenarbeiten ist der Auftragnehmer nicht bevollmächtigt
- Erteilung von Weisungen auf der Baustelle (§ 4 Abs. 1 Nr. 3 VOB/B), soweit diese nicht zu einer Vertragsänderung (z.B. Mehrkosten, Vertragstermine, Anordnung von Stundenarbeiten) führen
- Mängelrügen mit und ohne Fristsetzung sowie mit und ohne Androhung der Auftragsentziehung
- In-Verzug-Setzen von auf der Baustelle tätigen Firmen sowie diesbezügliche Zuarbeit, soweit der Auftraggeber die In-Verzug-Setzung an sich zieht
- Aufnahme eines gemeinsamen Aufmaßes mit den ausführenden Firmen.

(2) Finanzielle und/oder vertragsändernde Verpflichtungen für den Auftraggeber darf der Auftragnehmer nur eingehen, wenn Gefahr in Verzug besteht und das Einverständnis des Auftraggebers nicht rechtzeitig zu erlangen ist.

(3) Eine weitergehende Vollmacht wird dem Auftragnehmer mit diesem Vertrag nicht erteilt. Spätere hierüber hinausgehende Vollmachten können nur in Schriftform erteilt werden. Der Auftragnehmer ist insbesondere nicht berechtigt, die Leistungen der ausführenden Firmen rechtsgeschäftlich (förmlich, ausdrücklich, konkludent oder in sonstiger Weise) abzunehmen.

§ 6 Anordnung von Änderungen durch den Auftraggeber, Vertretung des Auftraggebers, Sprache

(1) Der Auftraggeber ist befugt, Anordnungen zu treffen, insbesondere Änderungen (= zusätzliche Leistungen) vom Auftragnehmer zu verlangen. Der Auftragnehmer muss dem Verlangen Folge leisten, wenn dieses in Textform erteilt wird und ihm die Ausführung der Änderungen zumutbar ist. Unzumutbar ist die Befolgung der Änderungsanordnung insbesondere dann,

- wenn sich der Charakter des Gebäudes oder dessen Standort insgesamt so verändert, dass die Vergleichbarkeit des Gebäudes nicht gewahrt ist;
- wenn der Nutzungszweck des Gebäudes grundlegend verändert wird;
- wenn der Auftraggeber endgültig und ernsthaft die Zahlung einer dem Auftragnehmer für die zusätzlich zu erbringenden Leistungen zustehenden zusätzlichen Vergütung dem Grunde nach verweigert; dies gilt nicht, soweit die Parteien im Streit darüberstehen, ob es sich um eine vergütungspflichtige zusätzlich zu erbringende Leistungen oder eine ohne Zusatzvergütung geschuldete Leistung handelt.

(2) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber im Fall des Abs. 1 S. 1 vor der Ausführung unverzüglich eine Änderungsmitteilung mit sämtlichen Informationen zu den Auswirkungen der verlangten Änderung oder Zusatzleistung vorzulegen und eine Abstimmung mit dem Auftraggeber herbeizuführen.

(3) Vertretungsberechtigt für den Auftraggeber sind sowohl bezüglich der Anordnung von zusätzlichen Leistungen als auch für alle anderen Belange im Zuge der Durchführung dieses Vertrages ausschließlich die im Auftrag benannten Personen.

(4) Als Baustellensprache und Projektsprache wird deutsch festgelegt.

§ 7 Hinzuziehung und Koordination anderer Beteiligter

(1) Sollte sich nach Abschluss dieses Vertrages die Notwendigkeit des Einsatzes weiterer Fachplaner oder sonstiger Fachleute (z.B.

von Sachverständigen) für Leistungen jenseits der Generalplanerleistungen ergeben, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber hierauf hinzuweisen und ihn bei der Auswahl zu beraten. Die Beauftragung der Fachplaner und sonstiger Fachleute erfolgt ausschließlich durch den Auftraggeber selbst.

(2) Der Auftragnehmer muss bei seinen Leistungen (insbesondere Planung und Bauüberwachung) die Leistungen seiner eigenen, insbesondere der von ihm als Subunternehmer eingesetzten fachlich Beteiligten sowie externer fachlich Beteiligten berücksichtigen, in fachlicher und zeitlicher Hinsicht koordinieren und alle Leistungen in die Planung integrieren. Ihn treffen als Generalplaner sämtliche für dieses Bauvorhaben notwendigen bzw. sinnvollen Koordinierungsleistungen umfassend und uneingeschränkt. Bezüglich externer fachlicher Beteiligter umfasst die Pflicht zur Koordination insbesondere eine inhaltliche Überprüfung auf offenkundige bzw. für den Auftragnehmer erkennbare Fehler und/oder Unvollständigkeiten, die zeitliche Koordination im Hinblick auf die fristgerechte Erbringung der eigenen Leistungen sowie die fachliche Koordination, insbesondere die rechtzeitige, sachlich zutreffende und vollständige Unterrichtung der externen fachlich Beteiligten.

§ 8 Allgemeine Pflichten von Auftraggeber und Auftragnehmer

(1) Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber und das interne oder externe Projektmanagement des Auftraggebers regelmäßig über den Inhalt und Ablauf seiner Leistungen zu unterrichten. Über alle wesentlichen und den geplanten Inhalt und Ablauf beeinträchtigenden Ereignisse sind Auftraggeber und Projektmanagement unverzüglich in Textform zu unterrichten. Alle Änderungen nach Vorlage der Kostenberechnung sind über Entscheidungsvorlagen vom Auftraggeber genehmigen zu lassen. Hierfür ist das Formular „Änderungsentscheidungsvorlage“ zu verwenden, Anlage 8. Der Auftraggeber und das Projektmanagement werden den Auftragnehmer ihrerseits über alle den geplanten Inhalt und Ablauf der Leistungen des Auftragnehmers beeinträchtigenden Ereignisse unterrichten und sämtliche ihm verfügbaren Unterlagen, auch von Dritten, auf Verlangen des Auftragnehmers zur Verfügung stellen. Auftraggeber und Auftragnehmer sind grundsätzlich verpflichtet, sich wechselseitig auch bezüglich des Inhalts von Vereinbarungen und Absprachen mit Dritten zu informieren. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber auf Anforderung jederzeit unverzüglich Auskunft über alle Belange des Projekts zu erteilen, die für den Auftraggeber von Interesse sind oder von Interesse sein können – ein konkretes Interesse muss der Auftraggeber nicht nachweisen.

(2) Der Auftragnehmer hat seiner Planung und Leistungserbringung die schriftlichen in Textform abgegebenen Anordnungen und Anregungen des Auftraggebers zugrunde zu legen. Er hat seine vereinbarten Leistungen vor ihrer endgültigen Ausarbeitung mit dem Auftraggeber und den externen fachlich Beteiligten abzustimmen.

(3) Ist die Befolgung von Anordnungen und Weisungen des Auftraggebers mit zusätzlichen Leistungen verbunden, ist der Auftragnehmer hierzu nur nach Maßgabe der Regelungen in § 6 verpflichtet. Im Übrigen endet die Pflicht des Auftragnehmers, Weisungen des Auftraggebers Folge zu leisten, wenn die Weisungen des Auftraggebers gegen öffentlich-rechtliche oder sonstige gesetzliche Bestimmungen verstoßen oder ihre Befolgung mit einer Gefahr für Leib und Leben verbunden wäre. In diesen Fällen kann der Auftragnehmer sich auf die Weisung auch nicht zu seiner Entlastung berufen.

(4) Hat der Auftragnehmer Bedenken gegen Weisungen oder Vorgaben des Auftraggebers, muss er den Auftraggeber hierauf unverzüglich in Schriftform hinweisen und seine Bedenken begründen (z. B. Widerspruch zu anerkannten Regeln der Technik, Widerspruch zu Zielvorgaben des Auftraggebers). In diesem Fall muss (und darf) der Auftragnehmer der Weisung/Vorgabe des Auftraggebers nur dann folgen, wenn dieser trotz der vom Auftragnehmer vorgebrachten Bedenken den Auftragnehmer in Textform hierzu anweist. In diesem Fall ist der Auftragnehmer im

Umfang berechtigt angezeigter Bedenken von einer hieraus resultierenden Haftung frei. Weist der Auftragnehmer demgegenüber auf Bedenken nicht hin oder unterlässt er die bei Anwendung des in § 4 Abs. 4 definierten Maßstabes erforderliche Prüfung, kann er sich zu seiner Entlastung nicht auf die Weisung/Vorgabe des Auftraggebers berufen. Die vorstehend in Absatz 3 enthaltene Regelung zu den Grenzen der Verpflichtung des Auftragnehmers, Weisungen des Auftraggebers Folge zu leisten, bleibt hiervon unberührt.

(5) Treten während der Leistungserbringung durch den Auftragnehmer Meinungsverschiedenheiten zwischen den Projektbeteiligten auf, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich in Textform zu informieren und ihn in die Entscheidungsfindung mit einzubeziehen. Dies gilt auch für Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Planungsteams des Auftraggebers, insbesondere im Verhältnis zu Subunternehmern des Auftragnehmers.

(6) Der Auftraggeber verpflichtet sich, an der Fortschreibung der Zielvorstellung und der Abstimmung von Planungsständen einschließlich der Freigabe von Plänen entsprechend § 10 Abs. 5 sowie § 15 mitzuwirken.

§ 9 Baukosten

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Leistungen so zu erbringen, insbesondere so zu planen, dass der vertraglich vorgesehene und während der Projektverwirklichung fortgeschriebene Kostenrahmen eingehalten werden kann. Als Kostenrahmen wird die vom Auftraggeber freigegebene Kostenberechnung festgelegt. Dieser gilt, soweit er nicht mit Zustimmung des Auftraggebers fortgeschrieben wurde. Wenn und soweit eine Fortschreibung des Kostenrahmens mit Zustimmung des Auftraggebers erfolgt, ist der fortgeschriebene Kostenrahmen einzuhalten. Wird für den Auftragnehmer erkennbar, dass der Kostenrahmen voraussichtlich überschritten wird, z. B. wegen gestiegener Baukosten oder wegen einer Unvereinbarkeit sonstiger Vorgaben des Auftraggebers mit dem Kostenziel, ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber hierüber umgehend und umfassend zu unterrichten, ihn über die Mehrkosten und die jeweiligen Gründe für die Mehrkosten detailliert zu informieren und konkret ausgearbeitete Einsparungsvorschläge zu unterbreiten, die geeignet sind, die Einhaltung des vorgesehenen Kostenrahmens sicherzustellen oder, wenn dies nicht möglich ist, jedenfalls die Mehrkosten abzumildern.

§ 10 Fristen

(1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Leistungen so zu erbringen, insbesondere so zu planen, dass die vertraglich vereinbarte und während der Projektverwirklichung fortgeschriebene Zielvorstellung des Auftraggebers hinsichtlich der zeitlichen Abfolge des Bauvorhabens eingehalten wird. Der Auftragnehmer hat die Entscheidungs- und sonstigen Mitwirkungsfristen des Auftraggebers in ausreichendem Umfang bei der Einhaltung der vorgegebenen Termine zu berücksichtigen. Wird für den Auftragnehmer erkennbar, dass der vorgesehene Bauablauf nicht eingehalten werden kann, z. B. wegen unvorhergesehener äußerer Umstände oder wegen Anordnungen des Auftraggebers – z. B. solchen, die zusätzlichen Leistungen, insbesondere Planungsänderungen, erforderlich machen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber hierüber unverzüglich und umfassend zu unterrichten.

(2) Der Auftragnehmer ist zur zweiwöchentlichen Fortschreibung der Terminplanung und Terminkontrolle verpflichtet. Die Terminplanung ist nach jeder Fortschreibung unverzüglich an den Auftraggeber zu übermitteln. Die jeweils aktuelle Terminplanung und das jeweils aktuelle Ergebnis der Terminkontrolle kann vom Auftraggeber jederzeit beim Auftragnehmer angefordert werden und ist auf Verlangen innerhalb von 3 Werktagen zur Verfügung zu stellen. Sobald Terminüberschreitungen erkennbar werden, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich in Textform und unter Angabe der Gründe zu unterrichten und

Kompensationsvorschläge sowie Vorschläge zu Beschleunigungsmaßnahmen zu unterbreiten. Werden Beschleunigungsmaßnahmen und/oder Kompensationsmaßnahmen erforderlich und solche vom Auftraggeber angeordnet, ist der Auftragnehmer zur Durchführung dieser Beschleunigungsmaßnahmen verpflichtet, ohne hierfür eine zusätzliche Vergütung beanspruchen zu können. Dies gilt nicht für den Fall, dass sich Verzögerungen gegenüber dem vertraglich vereinbarten oder vorausgesetzten Zeitplan aus Gründen ergeben, die vom Auftraggeber im Sinne einer schuldhaften Nichterfüllung vertraglicher Pflichten oder der Verletzung von Obliegenheiten zu vertreten sind, insbesondere für etwaige Ansprüche des Auftragnehmers aus § 642 BGB; derartige Ansprüche bleiben unberührt. § 12 Abs. 6 S. 1 gilt entsprechend.

(3) Glaubt sich der Auftragnehmer in der ordnungsgemäßen Ausführung der Leistung behindert, so hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich in Schriftform anzuzeigen. Unterlässt er die Anzeige, so hat er nur dann Anspruch auf Berücksichtigung der hindernden Umstände, wenn dem Auftraggeber die Tatsache und deren hindernde Wirkung offenkundig bekannt waren. Darüber hinaus kann der Auftragnehmer sich auf Behinderungsumstände nur dann berufen, wenn diese aus dem Risikobereich des Auftraggebers stammen oder durch höhere Gewalt oder andere für den Auftragnehmer unabwendbare Umstände verursacht waren.

(4) Soweit Vertragstermine festgelegt worden sind, die einen Bearbeitungszeitraum ab einem noch nicht nach Datum feststehenden Ereigniszeitpunkt festlegen, und soweit über diesen Ereigniszeitpunkt Unklarheiten zwischen den Parteien bestehen, wird der jeweilige Zeitpunkt des Beginns mit den Leistungen zwischen den Parteien einvernehmlich anhand des jeweils aktualisierten Bauzeitenplans festgelegt. Sollten die Parteien hierzu keine Einigkeit erzielen, ist der Auftraggeber berechtigt, den (jeweiligen) Beginn nach billigem Ermessen gem. § 315 BGB festzulegen. Der Auftraggeber ist berechtigt, eine Verlängerung der Ausführungszeiten anzuordnen oder mit dem Auftragnehmer bei Abruf einer weiteren Leistung andere Vertragstermine zu vereinbaren.

(5) Die Ergebnisse jeder Leistungsphase eines jeden Leistungsbild sind dem Auftraggeber unter Offenlegung aller zugehöriger Unterlagen und Dateien unverzüglich zur Kenntnis zu bringen und der Auftragnehmer hat hinsichtlich der Ergebnisse einer jeden Leistungsphase die Freigabe des Auftraggebers einzuholen, bevor er mit der darauffolgenden Leistungsphase beginnt. Eine rechtsgeschäftliche oder technische (Zwischen-) Abnahme ist mit einer solchen Freigabe nicht verbunden. Sie dient allein der Umsetzung des Kooperationsprinzips dieses Vertrages.

§ 11 Honorar

(1) Die Parteien vereinbaren für die gemäß diesem Auftrag zu erbringenden Grundleistungen (gleich ob solche nach der HOAI oder in Bezug genommenen AHO-Heften) der Leistungsbilder Gebäude, Freianlagen, Statik, TA und Bauphysik eine Honorierung der Generalplanerleistungen nach anrechenbaren Kosten, für die weiteren Leistungen (Brandschutz, SiGeKo, Barrierefreikonzept und Vermessung) nach Pauschalen. Näheres ergibt sich den Regelungen der Anlage 2. Die anrechenbaren Kosten sind auf der Grundlage der Kostenberechnung zu ermitteln. Die Parteien vereinbaren, dass die planerisch zu berücksichtigende mitzuarbeitende Bausubstanz nicht zu einer Erhöhung des Honorars führt (= keine Honorarerhöhung für „Bauen im Bestand“ über die anrechenbaren Kosten) und ein Umbauzuschlag nicht vereinbart wird. Die die Erhöhung der anrechenbaren Kosten wegen mitzuarbeitender Bausubstanz sowie den Umbauzuschlag betreffenden Regelungen der HOAI finden ausnahmslos keine Anwendung. Der Auftragnehmer berücksichtigt derartige Aspekte ausschließlich über die Möglichkeit, einen Zuschlag / Abschlag auf das errechnete Honorar gem. Anlage 2 anzubieten.

(2) Die im Auftrag / der Kalkulation ggf. getroffenen Festlegungen zu Honorarzonen und Honorarsätzen sind verbindlich, eine (nachträgliche) Anpassung der Honorarzonen anhand der Kriterien

der HOAI (insbes. des § 5 HOAI) und der in Bezug genommenen AHO-Hefte findet nicht statt.

(3) Für die Anrechenbarkeit der Kosten der Technischen Anlagen gilt bezüglich sämtlicher Leistungsbilder (einschließlich der TA), dass nur die Kosten solcher Technischer Anlagen in die anrechenbaren Kosten einzubeziehen und (anteilig) anzurechnen sind, die für den Betrieb des Gebäudes selbst (eigentlicher Gebäudebetrieb unabhängig vom weiteren Nutzungszweck des Gebäudes) im engeren Sinne bestimmt sind (z.B. Brandmeldeanlage etc.). Nicht in die anrechenbaren Kosten einzubeziehen sind Technische Anlagen im Gebäude, die nicht den Gebäudebetrieb, sondern die Nutzung des Gebäudes betreffen (z.B. PCs, Server, auch Großserver mit beplanter Leitungsführung etc.).

(4) Der Auftraggeber ist in keiner Weise verpflichtet, beim Auftragnehmer weitere über die mit diesem Auftrag unmittelbar beauftragten Leistungen hinausgehende Leistungen abzurufen; der Auftragnehmer kann nicht damit rechnen, dass ergänzend eine oder alle Leistungen abgerufen werden. Entsprechend kann der Auftragnehmer aus dem ausbleibenden Abruf aller oder gewisser weiterer Stufen oder Teilen von Stufen keine Honoraransprüche und/oder Honorarerhöhungsansprüche oder sonstigen Ansprüche (z.B. Schadensersatz, entgangener Gewinn, § 304 BGB, § 642 BGB, § 649 BGB) geltend machen.

(5) Für die bereits mit Abschluss dieses Vertrages gemäß Anlage 2 vereinbarten (besonderen und weiteren) Leistungen und Beratungsleistungen, die dort als „gemäß Vertrag inklusiv“ gekennzeichnet sind oder bei denen in sonstiger Weise verdeutlicht ist, dass eine gesonderte Vergütung nicht geschuldet ist, wird vereinbart, dass diese Leistungen im Rahmen dieser Beauftragung und der Abrufe ohne Zusatzhonorar erbracht werden.

(6) Für weitere nicht unter Abs. 6 fallende Leistungen darf ein Honorar nur berechnet werden, wenn die Leistung im Verhältnis zu den Grundleistungen einen nicht unwesentlichen Arbeits- und Zeitaufwand verursachen. Soweit der Auftragnehmer aufgrund späterer Beauftragung durch den Auftraggeber Leistungen zu erbringen hat, die durch das hier vereinbarte Honorar nicht abgegolten, für die Erreichung der Zielvorstellungen des Auftraggebers aber erforderlich oder bei pflichtgemäßem Ermessen im Mindesten sinnvoll sind, muss er diese Leistungen auch dann erbringen, wenn eine Einigung über die Höhe des Vergütungsanspruches zunächst nicht zustande kommt.

(7) Die Abrechnung nach Zeitaufwand setzt eine ausdrückliche Beauftragung auf Stundenbasis voraus. Etwaige im Auftrag genannte Stundensätze stellen in keinem Fall eine Auffangregelung bei unklarer Vergütungslage dar.

(8) Sämtliche Nebenkosten im Sinne von § 14 Abs. 2 HOAI (einschließlich der geschuldeten Dokumentation) und der Regelungen in den in Bezug genommenen AHO-Heften sind durch die Vergütung gemäß Anlage 2 abgegolten, insbesondere, wenn dort nicht gesondert Nebenkosten aufgeführt sind. Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, die tatsächlich entstandenen Nebenkosten auf Einzelnachweis abzurechnen.

§ 12 Honorar bei zusätzlichen Leistungen sowie bei verlängerter Projektlaufzeit

(1) Bezüglich der Vergütung von zusätzlichen Leistungen und der Frage, wann von einer vergütungspflichtigen Änderung / Änderungsanordnung des Auftraggebers auszugehen ist, geltend die folgenden Absätze 2 bis 4.

(2) Optimierungen werden nicht gesondert vergütet. Optimierungen im Sinne dieses Vertrags sind insbesondere alle Leistungen des Auftragnehmers, die dem Umstand geschuldet sind, dass die Vertragsparteien die nach dem Inhalt dieses Vertrags vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen als iterativen Prozess (vgl. Ziffer 1 des Auftrags sowie § 1) ausgestaltet haben.

Alle übrigen ändernden Leistungen (Leistungsänderungen) sind nach Maßgabe von § 650b BGB zu vergüten (vergütungspflichtige Änderungen dem Grund nach). Dabei beurteilt sich der vereinbarte Werkerfolg nach § 1 und Ziffer 1 des Auftrags sowie dessen weiteren Regelungen und Anlagen. Bei der Frage, ob eine

Änderung innerhalb des vereinbarten Werkerfolgs vorliegt, ist zunächst das von der vereinbarten Vergütung abgegoltene Leistungssoll des Auftragnehmers (Ausgestaltung dieses Vertrags als iterativer Prozess, vgl. § 1 und Ziffer 1 des Auftrags) zu beachten. Eine zusätzliche Vergütung innerhalb des vereinbarten Werkerfolgs kommt daher vor allem dann in Betracht, wenn der Auftragnehmer darlegt, dass eine bereits mit Zustimmung des Auftraggebers konkretisierte erbrachte Leistung vom Auftraggeber bewusst durch eine Anordnung geändert wird und diese Anordnung nicht durch ein pflichtwidriges Unterlassen und / oder Handeln des Auftragnehmers veranlasst war.

(3) Erfüllen Optimierungsleistungen die Tatbestandsmerkmale in den Anlagen 1, 10 bis 15 der HOAI oder in den in Bezug genommenen AHO-Heften benannten besonderen oder weiteren benannten oder unbenannten Leistungen, gelten auch hierfür § 11 Abs. 6 und Abs. 7.

(4) Der Auftragnehmer hat die Erbringung solcher eine gesonderte Vergütung auslösender vergütungspflichtiger Änderungen im Sinne von Abs. 2 und 3 und die voraussichtliche Höhe der zusätzlich entstehenden Vergütung anzuzeigen, bevor er mit der Erbringung seiner Leistungen beginnt.

- (5) Änderungsbedingte bauliche Mehrkosten sind solche, die sich
- bei zusätzlichen Leistungen aus den Kosten der zusätzlichen Leistung des / der die Baumaßnahme ausführenden Unternehmen(s) berechnen;
 - beim Austausch von Leistungen aus der Differenz zwischen den höheren Kosten der neuen Leistung und den geringeren der entfallenden Leistung des / der die Baumaßnahme ausführenden Unternehmen(s) berechnen.

Änderungsbedingte bauliche Minderkosten sind solche, die sich

- beim ersatzlosen Wegfall von Leistungen aus den Kosten der weggefallenen Leistung des / der die Baumaßnahme ausführenden Unternehmen(s) berechnen;
- beim Austausch von Leistungen aus der Differenz zwischen den höheren Kosten der entfallenden Leistung und den geringeren Kosten der neuen Leistung des / der die Baumaßnahme ausführenden Unternehmen(s) berechnen.

Das Honorar für vergütungspflichtige Änderungen wird bezüglich der Leistungsbilder Gebäude, Freianlagen, Statik, TA und Bauphysik abgegolten, indem die änderungsbedingten Mehrkosten in entsprechender Anwendung der Regelungen der HOAI und der in Bezug genommenen AHO-Hefte (für den Objektplanerteil z.B. in entsprechender Anwendung von § 6 Abs. 1 und § 33 Abs. 2 HOAI) den anrechenbaren Kosten zugeschlagen werden und unter Berücksichtigung der so geänderten anrechenbaren Kosten das Honorar für jedes Leistungsbild neu berechnet wird. Die Anpassung der anrechenbaren Kosten und die Honoraranpassung erfolgen so, als wären von Anfang an diese erhöhten anrechenbaren Kosten die Grundlage für die Berechnung des Honorars gewesen.

Für Leistungsbilder, deren Vergütung nicht von den anrechenbaren Kosten abhängt, gilt, dass der Auftragnehmer im Falle von diesen Leistungsbildern betreffenden Leistungsänderungen vor Ausführung seiner Leistungen ein Angebot entsprechend Absatz 6 einzureichen hat. Dies gilt nur für Leistungsbilder, die von einer Leistungsänderung betroffen sind. Im Zweifel ist insoweit die ortsübliche und angemessene Vergütung geschuldet.

Änderungsbedingte Minderkosten sind in Höhe der Minderkosten änderungsbedingten Mehrkosten gleichgestellt, d.h. Minderkosten erhöhen die anrechenbaren Kosten in Höhe der Minderkosten.

In beiden Fällen gilt:

Ein kostenneutraler Austausch von Leistungen lässt das Honorar unberührt. § 10 HOAI und vergleichbare Regelungen in den in Bezug genommenen AHO-Heften finden keine Anwendung. Die Regelungen der Absätze 4 und 5 finden bei Kündigungen keine, auch keine entsprechende, Anwendung. Eine Erhöhung der Pauschalen für besondere / weitere Leistungen gem. Anlage 2 findet nicht statt, auch wenn diese von der Änderung betroffen sind. Die Erhöhung der anrechenbaren Kosten sowie die vorbeschriebene Vergütung für Leistungsbilder, deren Honorar sich nicht über anrechenbare Kosten errechnet, erledigen den

Mehrvergütungsanspruch des Auftragnehmers abschließend

(6) Vergütungspflichtige Änderungen, die nicht nur keine Auswirkungen auf die Baukosten (siehe Abs. 4), sondern keinerlei Baukostenbezug haben, sind vom Auftragnehmer unverzüglich nach dessen Kenntniserlangung der Notwendigkeit oder Sinnhaftigkeit der Erbringung solcher Leistungen als auf von ihm abgeschätzten Stunden (Stundensätze gemäß diesem Vertrag) kalkulierte Pauschale anzubieten. Mit dem Angebot ist die Kalkulation offen zu legen. Kommt es insoweit zum Abschluss einer Ergänzungsvereinbarung stellt diese auf Stunden kalkulierte Pauschale die abschließende Vergütung für diese Leistung dar.

(7) Im Falle verlängerter Projektlaufzeit (z.B. durch Projektverzögerungen und -unterbrechungen) gelten betreffend etwaige Mehrvergütungsansprüche des Auftragnehmers die gesetzlichen Bestimmungen und die hierzu von der Rechtsprechung entwickelten Grundsätze, wobei – ohne den ersten Halbsatz einzuschränken – in jedem Fall ein Mehraufwand erforderlich ist, um überhaupt einen Mehrvergütungsanspruch zu begründen und in die Bewertung mit einzubeziehen ist, dass der vorliegende Vertrag als Werkvertrag und nicht als Dienstvertrag einzuordnen ist.

In jedem Fall gilt: Eine Verlängerung der Projektlaufzeit um 6 Monate bezogen auf die jeweiligen sich aus § 10 Abs. 4 oder in sonstiger vertraglicher Weise ergebenden Bearbeitungszeiträume ist mit der vereinbarten Vergütung abgegolten. Ist weder eine Einigung noch eine Festlegung im Sinne von § 10 Abs. 4 erfolgt, gilt eine Verlängerung der jeweiligen Bearbeitungszeiträume um 6 Monate gegenüber der üblichen Dauer als mit der vereinbarten Vergütung abgegolten.

S. 1 bleibt durch diese Festlegung der 6 Monatszeiträume unberührt, d.h. die Voraussetzungen gem. S. 1 werden durch die Festlegung der 6 Monatszeiträume nicht eingeschränkt. Insbesondere ergibt sich kein automatischer Vergütungsanspruch nach Ablauf der Projektlaufzeit oder der um die 6 Monatszeiträume verlängerten Projektlaufzeit, z.B. auch nicht dergestalt, dass der dann entstehende Aufwand zeitabhängig (z.B. nach Stundensätzen, Wochensätzen etc.) zu vergüten wäre.

§ 13 Abrechnung, Zahlungen

(1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, prüfbar abzurechnen. Zur Prüffähigkeit gehört, dass die Abrechnung für jedes Leistungsbild und jede Anlagengruppe getrennt in einer Excel Tabelle erfolgt und dem Auftraggeber die Excel Tabelle mit der Rechnung digital zur Verfügung gestellt wird. Jede Rechnung muss prüffähig aufgeschlüsselt eine Aufstellung der erbrachten Leistungen, eine Honorarermittlung und eine Aufstellung der bereits angewiesenen Abschlagszahlungen enthalten und kumuliert aufgestellt sein. Dabei sind an Abschlagsrechnungen keine geringeren Anforderungen zu stellen als an die Schlussrechnung. Insbesondere die Abschlagsrechnungen am Ende einer jeden beauftragten Stufe sind unter denselben Voraussetzungen und mit denselben Anforderungen zu fertigen, wie die Schlussrechnung. Mit der jeweiligen Abschlagsrechnung ist der erbrachte Leistungsstand nachzuweisen und der in die Abschlagsrechnung aufgenommene prozentuale Leistungsanteil nachvollziehbar anhand des nachgewiesenen Leistungsstands darzustellen. Erfolgen diese Darlegungen von Seiten des Auftragnehmers nicht, ist die Rechnung nicht prüffähig und damit nicht fällig. Der Auftraggeber ist nicht zu Untersuchungen dazu verpflichtet, welcher Leistungsstand vorliegt und wie dieser prozentual zu bewerten ist, wenn die diesbezüglichen Darstellungen des Auftragnehmers falsch, unvollständig oder nicht prüfbar sind. Forderungen aus Abschlagsrechnungen sind nur und erst fällig, wenn die Abschlagsrechnung die vorgenannten Anforderungen erfüllt.

(2) Der Auftragnehmer ist, soweit kein anderweitiger Zahlungsplan vereinbart wurde, im Sinne einer Festlegung vereinbarter Zahlungszeitpunkte (z.B. § 15 HOAI) berechtigt, jedenfalls nach Abschluss jeder Leistungsphase eine Abschlagsrechnung zu erstellen. Darüber hinaus ist er berechtigt, eine Abschlagsrechnung

für erbrachte Leistungen 3 Monaten nach Beginn seiner Leistungen zu stellen und sodann jeweils im Abstand von 3 Monaten nach dem Datum der letzten Abschlagsrechnung.

(3) Abschlagszahlungen werden 30 Tage nach Zugang fällig, Schlusszahlung werden 60 Tage nach Zugang fällig (Hintergrund: es werden jeweils sämtliche Planungsleistung Gegenstand der Rechnungen sein, was einen erhöhten Prüfaufwand zu einem identischen Zeitpunkt erforderlich macht).

(4) Der Auftraggeber ist berechtigt, vom Auftragnehmer die Schlussrechnung bzw. Abschlagsrechnung nach Abschluss der jeweiligen Leistungsphase anzufordern, sofern Schlussrechnungsreife eingetreten oder die Leistungsphase abgeschlossen ist. Er kann dem Auftragnehmer zur Vorlage der Rechnung eine Frist von 2 Wochen ab Zugang dieser Aufforderung setzen. Nach Ablauf dieser Frist ist der Auftraggeber berechtigt, die Rechnung an Stelle des Auftragnehmers und auf dessen Kosten zu erstellen, wenn der Auftragnehmer auf eine Aufforderung des Auftraggebers in Schriftform mit einer Nachfristsetzung von 4 Wochen ab Zugang des Aufforderungsschreibens auch innerhalb dieser weiteren Frist die Rechnung nicht vorlegt. Die so erstellte Rechnung tritt, wenn der Auftragnehmer nicht zwischenzeitlich seine Rechnung legt, ab Zugang beim Auftragnehmer mit allen Rechtswirkungen an die Stelle der vom Auftragnehmer geschuldeten Rechnung, es sei denn, der Auftragnehmer hat das Nichterstellen der Rechnung nicht zu vertreten.

§ 14 Urheberrecht

Soweit die vom Auftragnehmer erbrachten Leistungen urheberrechtlich geschützt sind, vereinbaren die Parteien:

(1) Der Auftragnehmer überträgt dem Auftraggeber die zeitlich und räumlich uneingeschränkten Verwertungs-, Nutzungs-, Vervielfältigungs- und Änderungsrechte an allen von ihm für das Bauvorhaben erstellten Unterlagen (verkörpert oder in elektronischer Form) sowie an den für das Bauvorhaben erbrachten Leistungen. Dem Auftraggeber wird insbesondere auch für den Fall, dass der Auftrag des Auftragnehmers vor Vollendung des Bauwerks endet, schon jetzt das Nutzungsrecht (Nachbaurecht) eingeräumt, um ihm die Fertigstellung des Bauwerks zu ermöglichen. Er ist berechtigt, seine Rechte auf Dritte zu übertragen. Zum Vervielfältigungsrecht wird ergänzend auf Abs. 4 verwiesen.

(2) Der Auftraggeber bzw. dessen Rechtsnachfolger darf die Unterlagen, die Leistungen des Auftragnehmers für das Bauvorhaben und das ausgeführte Bauwerk ohne Mitwirkung des Auftragnehmers nutzen und ändern. Der Auftraggeber bzw. dessen Rechtsnachfolger hat das Recht zur Veröffentlichung des nach den Plänen des Auftragnehmers errichteten Bauwerks, der Unterlagen und eventueller Modelle unter Namensangabe des Auftragnehmers. Der Auftragnehmer darf seiner namentlichen Erwähnung widersprechen. Der Auftragnehmer hat ein Recht zur Veröffentlichung nur mit Zustimmung des Auftraggebers, die dieser verweigern darf.

(3) Der Auftraggeber ist grundsätzlich berechtigt, das Bauwerk abweichend von den Plänen des Auftragnehmers zu errichten bzw. das Bauwerk nachträglich zu ändern. Er muss die Änderungsabsicht aber dem Auftragnehmer gegenüber rechtzeitig ankündigen und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben, wenn es sich um entstellende oder gravierende Beeinträchtigungen des Werks handelt. Der Auftragnehmer kann gravierenden Beeinträchtigungen aus wichtigem Grund widersprechen, bei entstellenden Beeinträchtigungen bedarf es keines wichtigen Grundes für seinen Widerspruch. Reagiert der Auftragnehmer binnen angemessener Frist und einer anschließend zu setzenden angemessenen Nachfrist (angemessen sind für beide Fristen in der Regel zwei Wochen ab Zugang) nicht, ist der Auftraggeber berechtigt, auch gravierende oder entstellende Beeinträchtigungen umzusetzen. Der Auftragnehmer und dessen Rechtsnachfolger haben für die Übermittlung einer jeweils erreichbaren Adresse Sorge zu tragen. Der Auftraggeber kann seine Aufforderung an die in diesem Vertrag angegebene Adresse richten, solange er keine

anderweitige Mitteilung erhalten hat. Zu weiteren Nachforschungen ist der Auftraggeber nicht verpflichtet.

(4) Das Vervielfältigungsrecht gemäß Absatz 1 beschränkt sich auf Anbauten und Erweiterungen sowie Gebäude in unmittelbarem räumlichem Zusammenhang mit dem vertragsgegenständlichen Gebäude. Der Auftraggeber darf das Bauvorhaben also nicht in (nahezu) identischer Weise anderenorts wiederholen. Anderenorts unzulässig sind auch solche Werkvervielfältigungen, die zwar Abweichungen aufweisen, aber aufgrund der verbleibenden Übereinstimmungen der eigenschöpferischen charakteristischen Elemente zu einem übereinstimmenden geistig ästhetischen Gesamteindruck führen.

(5) Ein gesonderter Honoraranspruch für die Übertragung der Nutzungsrechte steht dem Auftragnehmer nicht zu. Die unveräußerlichen Urheberpersönlichkeitsrechte sind, soweit sich hierzu vorstehend keine Regelung findet, von den vorstehenden Regelungen nicht berührt.

(6) Die Regelungen in Abs. 1 bis 5 gelten auch für den Fall einer vorzeitigen Vertragsbeendigung wegen Nichtbeauftragung weiterer Leistungen, wegen ordentlicher oder außerordentlicher Kündigung oder sonstiger Beendigungstatbestände.

§ 15 Dokumentation des Planungs- und Bauablaufs, Prüfpflichten, verantwortliche Personen

(1) Die verpflichtend vom Auftragnehmer zu erstellenden Dokumentationen ergeben sich aus Anlage 3 zu diesem Vertrag.

(2) Der Auftraggeber ist berechtigt, Zwischenstände zu den Unterlagen gem. Anlage 3 beim Auftraggeber anzufordern. Im Falle einer solchen Anforderung hat der Auftragnehmer die Zwischenstände der angeforderten Unterlagen unverzüglich digital im gemäß Anlage 3 vorgesehenen, hilfsweise im üblichen Dateiformat (*.pdf, *.gaeb, *.dwg/.dxf, *.pln, *.docx und *.xlsx) und unter Beachtung der Konvention zur Dateibenennung an den Auftraggeber zu übermitteln.

(3) Der Auftragnehmer hat zu sämtlichen Bau-, Planungs- und Koordinationsbesprechungen sowie zu sämtlichen Projekt- und Nutzerbesprechungen einzuladen, diese zu koordinieren und durchzuführen. Er ist verpflichtet, solche Besprechungen auf Verlangen des Auftraggebers unverzüglich durchzuführen und an etwaigen vom Auftraggeber oder den beauftragten Fachfirmen anberaumten (Bau-, Planungs- und Koordinations-) Besprechungen sowie den Projekt- und Nutzerbesprechungen teilzunehmen. An Baubesprechungen hat der je nach Leistungsbild zuständige Bauleiter des Auftragnehmers immer, der je nach Leistungsbild zuständige Projektleiter des Auftragnehmers regelmäßig und jederzeit auf Verlangen des Auftraggebers teilzunehmen. Die Ergebnisse der Besprechungen hat der Auftragnehmer in seine Pläne und Leistungen aufzunehmen bzw. einzuarbeiten. Er hat von allen Besprechungen (insbesondere Koordinations-, Planungs- und Baubesprechungen, Baustellengespräche) sofort Niederschriften anzufertigen und dem Auftraggeber innerhalb von 3 Werktagen nach der Besprechung zur Freigabe vorzulegen. Nach erteilter Freigabe sind diese Protokolle vom ihm unverzüglich an die Beteiligten zu übermitteln. Der Auftragnehmer ist zudem verpflichtet, den Auftraggeber über alle bei der Durchführung seiner Aufgaben wesentlichen Angelegenheiten unverzüglich in Textform zu unterrichten. Diese Pflicht erlischt nicht mit der Vertragsbeendigung.

(4) Der Auftragnehmer hat die von ihm angefertigten zeichnerischen Unterlagen bis zur Freigabe durch den Auftraggeber als »Vorabzug« zu kennzeichnen. Die von dem Auftraggeber freigegebenen zeichnerischen Unterlagen hat der Auftragnehmer als »Entwurfsverfasser« oder »Planverfasser«, die übrigen Unterlagen als »Verfasser« zu unterzeichnen.

(5) Der Auftragnehmer garantiert, dass sämtliche von ihm im Auftrag benannten Personen in dem für sie vorgesehenen Tätigkeitsfeld mindestens jeweils die im Vertragsformular ausgewiesene Berufserfahrung haben und der deutschen Sprache fließend in Wort und Schrift mächtig sind. Die jeweilige Berufserfahrung ist dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen. Der Nachweis erfolgt über entsprechende

Referenzen. Gelingt dieser Nachweis nicht oder erbringt der Auftragnehmer diesen Nachweis nicht, ist der Auftraggeber berechtigt, einen Austausch dieser Person gegen eine den vorgenannten Kriterien entsprechenden Mitarbeiter zu verlangen. Der Auftragnehmer garantiert, dass der Bauleiter und der stellvertretende Bauleiter die an sie gestellten Voraussetzungen nach der Landesbauordnung NRW erfüllen.

(6) Der Auftragnehmer hat es zu unterlassen, die von ihm im Auftrag benannten Personen ohne Zustimmung des Auftraggebers auszutauschen, es sei denn, dass ein Austausch aus wichtigem Grund (z.B. wegen Beendigung des Arbeitsverhältnisses o.ä.) erforderlich ist. Kein wichtiger Grund ist der Wunsch des Auftragnehmers oder eines seiner Subunternehmer, den Mitarbeiter anderweitig einzusetzen. Kommt es zu einem Austausch, gilt Absatz 5 für die / den NachfolgerIn entsprechend.

(7) Andere Personen als die im Auftrag vom Auftraggeber benannten verantwortlichen Personen, insbesondere die Nutzer, sind nicht berechtigt, rechtsverbindliche Erklärungen abzugeben oder in sonstiger Weise verbindliche Anweisungen zu erteilen, wenn diese nicht von einer der vorgenannten bevollmächtigten Personen bestätigt wurden.

(8) Der Auftragnehmer führt im Zuge der Objektüberwachung und Objektbetreuung ein alle Leistungsbilder betreffendes Bautagebuch. Das Bautagebuch ist dem Auftraggeber während der Objektüberwachung unaufgefordert in jeweils aktueller Fassung wöchentlich vorzulegen, darüber hinaus im Falle besonderer schwerwiegender Vorkommnisse unverzüglich. Während der Objektbetreuung ist dem Auftraggeber das Bautagebuch auf dessen Verlangen unverzüglich vorzulegen, während der Durchführung von Mangelbeseitigungsmaßnahmen in dem vom Auftraggeber angeordneten Rhythmus, mangels Anordnung jedenfalls monatlich und ebenfalls unverzüglich auf Verlangen des Auftraggebers.

(9) Die Rechnungs- und Nachtragsprüfung hat der Auftragnehmer bei Abschlagrechnungen binnen 10 Werktagen, bei Schlussrechnungen binnen 15 Werktagen durchzuführen und dem Auftraggeber spätestens am letzten der genannten Werktage zur Verfügung zu stellen. Die Nachtragsprüfung ist innerhalb von 10 Werktagen durchzuführen. Hält der Auftragnehmer diese Fristen nicht ein, hat er für sich hieraus ergebende Verzögerungsschäden des Auftraggebers aufzukommen, es sei denn, er hätte die Verzögerung nicht zu vertreten. Der Auftragnehmer hat die Abschlags- und Schlussrechnungen positionsweise zu prüfen und bei (teilweise) nicht prüffähigen Rechnungen dem Auftraggeber die (teilweise) Zurückweisung der Rechnung als (teilweise) nicht prüffähig zu empfehlen.

(10) Der Planaustausch innerhalb der Projektarbeit (zwischen allen Beteiligten) wird vom Auftragnehmer über eine Daten-Plattform erfolgen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine solche der Üblichkeit entsprechende Plattform zur Verfügung zu stellen und zu betreiben. Es muss sich bei dieser um eine internetbasierte Echtzeitplattform handeln. Alle Dokumente und Pläne (auch Zwischenstände) des Auftragnehmers und der von ihm beauftragten Sub-Planer und freien Mitarbeiter sind dort abzulegen. Der Auftraggeber erhält uneingeschränkte Zugriffsrechte. Der Auftragnehmer ist zur Nutzung verpflichtet.

§ 16 Unterlagen / Mangelmanagement

(1) Gegenüber dem Anspruch des Auftraggebers auf Übergabe von Unterlagen steht dem Auftragnehmer ein Zurückbehaltungsrecht nicht zu.

(2) Soweit Unterlagen nicht an den Auftraggeber herauszugeben sind, ist der Auftragnehmer berechtigt, diese Unterlagen 10 Jahre nach vollständiger Leistungserbringung zu vernichten.

(3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine von ihm nach dem Auftrag geschuldete Erfassung von Mängeln und die Steuerung der Mangelbeseitigung softwarebasiert mit einer geeigneten Mangelmanagement-Software-Lösung vorzunehmen. Der Auftraggeber erhält uneingeschränkte Zugriffsrechte. Der Auftragnehmer ist zur Nutzung verpflichtet und dazu, die Daten bei geänderter Sachlage taggenau auf dem aktuellen Stand zu halten.

§ 17 Abnahme

Nach vollständiger Leistungserbringung sind die Leistungen des Auftragnehmers auf Verlangen einer Partei förmlich abzunehmen. Teilabnahmen, insbesondere die Abnahme einzelner beauftragter Stufen, schuldet der Auftragnehmer nicht. Maßgeblich ist die vollständige Leistungserbringung, soweit es sich um einen Stufenvertrag handelt, mithin die Erbringung sämtlicher Leistungen der nach diesem Vertrag abgerufenen Leistungen. Das Recht des Auftraggebers, eine Teilabnahme gem. § 650s BGB zu verlangen, bleibt von dieser Regelung unberührt.

§ 18 Haftung, Vertragsstrafen, Versicherung, Verjährung

(1) Für die Haftung des Auftragnehmers gelten die gesetzlichen Bestimmungen.

(2) Der Auftragnehmer ist im Sinne einer vertraglichen Hauptleistungspflicht verpflichtet, eine Berufshaftpflichtversicherung in dem sich aus dem Auftrag ergebenden Umfang nachzuweisen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Nachweis gegenüber dem Auftraggeber unter Nennung der Versicherung innerhalb von 2 Wochen ab Auftragserteilung und jederzeit auf Verlangen des Auftraggebers zu erbringen. Der Betrag muss je Versicherungsjahr 3-fach zur Verfügung stehen. Soweit der Auftragnehmer seine Versicherung wegen seiner Tätigkeit an einem anderen Bauvorhaben in Anspruch nimmt, hat er den Auftraggeber hiervon unverzüglich in Kenntnis zu setzen, und hierzu jederzeit auf Verlangen des Auftraggebers Auskunft zu erteilen. Rechnungen des Auftragnehmers werden nicht fällig, solange er nicht den Nachweis des Versicherungsschutzes innerhalb von 2 Wochen ab Vertragsschluss erbracht hat. Fordert der Auftraggeber während der Vertragslaufzeit einen Versicherungsnachweis in aktueller Fassung, sind im Anschluss an den Zugang dieses Verlangens beim Auftragnehmer von diesem gestellte Rechnungen erst mit Ablauf von einer Woche ab Vorlage dieses aktualisierten Nachweises fällig. Weitere Rechte des Auftraggebers, insbesondere das Recht zur außerordentlichen Kündigung des Vertrags, bleiben unberührt.

(3) Sämtliche Ansprüche des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer verjähren, ebenso wie sämtliche Ansprüche des Auftragnehmers gegen die Auftraggeber, innerhalb der gesetzlichen Fristen.

(4) Der Auftragnehmer tritt dem Auftraggeber alle ihm gegenüber seiner Berufshaftpflichtversicherung zustehenden Ansprüche (gleich welcher Art, insbesondere Schadensersatz- und Freistellungsansprüche) ab, soweit diese die Deckung der dem Auftraggeber gegen den Auftragnehmer zustehenden Ansprüche (gleich ob aus Delikt, Vertrag oder einer sonstigen Anspruchsgrundlage) bezwecken. Der Auftraggeber nimmt diese Abtretung hiermit an. Das Recht des Auftraggebers, seine Ansprüche gegenüber dem Auftragnehmer geltend zu machen, bleibt von dieser Abtretung unberührt. Soweit derartige Ansprüche bedient werden (mit Ausnahme einer Bedienung durch den Versicherer), tritt der Auftraggeber schon jetzt aufschiebend bedingt auf die Bedienung der Ansprüche diese Ansprüche an den Auftragnehmer zurück ab. Der Auftragnehmer nimmt diese aufschiebend bedingte Rückabtretung hiermit schon jetzt an.

(5) Voraussetzung für das Verwirken der nach diesem Vertrag vorgesehenen Vertragsstrafen ist, dass sich der Auftragnehmer im Verzug mit der Erbringung der in Rede stehenden vertragsstrafebewehrten Pflicht befindet, es sei denn, die geschuldete Leistung besteht in einem Unterlassen. In letzterem Fall tritt die Verwirkung mit der Zuwiderhandlung ein. Die Höhe der Vertragsstrafe ist im Streitfall vom zuständigen Gericht auf Ihre Angemessenheit zu überprüfen. Ein etwaiges Recht des Auftraggebers zur Kündigung des Vertrags und weitergehende Ansprüche des Auftraggebers bleiben von dieser Vertragsstraferegelung unberührt. Ebenso unberührt bleiben §§ 341 Abs. 340 Abs. 2 BGB (Anrechnung der Vertragsstrafe auf Schadensersatzansprüche des Auftraggebers). Die Summe aller Vertragsstrafen nach diesem Absatz ist auf 5% der der

tatsächlichen Gesamtnettovergütung aus diesem Vertrag beschränkt. Die Geltendmachung der Vertragsstrafe braucht sich der Auftraggeber nicht bei der Abnahme vorzubehalten. Er kann sie vielmehr bis zur Schlusszahlung geltend machen.

§ 19 Vorzeitige Vertragsbeendigung

(1) Auftragnehmer und Auftraggeber sind zur Kündigung dieses Vertrages aus wichtigem Grunde gem. § 648a BGB berechtigt. Das Recht des Auftraggebers zur ordentlichen Vertragskündigung bleibt daneben unberührt.

(2) Ein wichtiger Kündigungsgrund liegt für den Auftraggeber insbesondere dann vor, wenn

- er seine Bauabsicht für das geplante Objekt nachhaltig aufgegeben hat;
- das Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien aufgrund nach Vertragsschluss eingetretener Umstände erheblich gestört ist oder andere Umstände vorliegen, aufgrund derer dem Auftraggeber ein Festhalten am Vertrag nicht mehr zugemutet werden kann;
- der Auftragnehmer einen wesentlichen Mangel seiner Leistung nicht beseitigt, obwohl der Auftraggeber ihn erst unter Fristsetzung und nach Ablauf dieser Frist unter Nachfristsetzung zur Beseitigung des Mangels aufgefordert hat.
- der Auftragnehmer seine Zahlungen eingestellt hat, die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über sein Vermögen beantragt hat oder die Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers aus anderen Gründen so beeinträchtigt ist, dass ein Vertrauen auf seine Fähigkeit oder seine Bereitschaft zur vertragsgerechten Erfüllung nicht mehr besteht;
- der Auftragnehmer mit der Einhaltung eines vereinbarten Vertragstermins in Verzug kommt, der Auftraggeber ihm eine angemessene Nachfrist zur Fertigstellung dieser Leistungen ohne wesentliche Mängel gesetzt hat, diese Frist fruchtlos oder jedenfalls so verstrichen ist, dass weiterhin wesentliche Mängel / offene Restleistungen bestehen, der Auftraggeber dem Auftragnehmer sodann eine abschließende Nachfrist mit Kündigungsandrohung gesetzt hat und auch diese Frist fruchtlos oder jedenfalls so verstrichen ist, dass weiterhin wesentliche Mängel / offene Restleistungen bestehen.
- der Auftragnehmer zweimal hintereinander oder insgesamt zum vierten Mal seiner Verpflichtung zur wöchentlichen Vorlage des Bautagebuchs gem. § 15 Abs. 8 S. 2 und S. 3 nicht nachgekommen ist und dieser Verpflichtung trotz Fristsetzung und Nachfristsetzung (angemessen ist jeweils eine Frist von einer Woche) nicht nachkommt.
- der Auftragnehmer die Baustelle nicht gemäß § 4 Abs. 7 besetzt, obwohl der Auftraggeber ihn erst unter Fristsetzung und nach Ablauf dieser Frist unter Nachfristsetzung zur ordnungsgemäßen Besetzung der Baustelle aufgefordert hat; bei zwischenzeitlich mindestens vierwöchiger ordnungsgemäßer Besetzung der Baustelle für nach Fristsetzung und / oder Nachfristsetzung ist bei erneuter nicht ordnungsgemäßer Besetzung der Baustelle nur noch eine weitere Fristsetzung erforderlich.
- der Auftragnehmer der Nachweis der jeweiligen vereinbarten Berufserfahrung nicht gelingt oder er den Nachweis nicht führt, obwohl der Auftraggeber ihn erst unter Fristsetzung und nach Ablauf dieser Frist unter Nachfristsetzung zum Nachweis der Besetzung der Baustelle mit dem vertraglich vorgesehenen Personal mit entsprechender Berufserfahrung aufgefordert hat.
- der Auftragnehmer den Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung mit der vereinbarten Deckungssumme trotz Fristsetzung und Nachfristsetzung (angemessen ist jeweils eine Frist von zwei Wochen) nicht erbracht hat.

(3) Ein wichtiger Grund zur Kündigung durch den Auftragnehmer liegt insbesondere dann vor, wenn

- der Auftraggeber eine ihm obliegende, für das Projekt wesentliche Leistung trotz Fristsetzung und Nachfristsetzung durch den Auftragnehmer mit jeweils angemessenen Fristen

von mindestens drei Wochen ab Zugang schuldhaft unterlässt und dadurch den Auftragnehmer so wesentlich behindert, dass dieser seine Leistung nachhaltig nicht vertragsgemäß ausführen kann;

- das Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien aus anderen, nach Vertragsschluss eingetretenen Gründen so erheblich gestört ist, dass dem Auftraggeber ein Festhalten an dem Vertrag nicht mehr zugemutet werden kann, z.B. weil der Auftraggeber eine unstreitige Forderung trotz angemessener Nachfristsetzung nach zuvor erfolgter Fristsetzung mit jeweils angemessenen Fristen von mindestens drei Wochen ab Zugang nicht bedient.

(4) Jede Kündigung bedarf der Schriftform. Die Kündigung aus wichtigem Grunde ist erst zulässig, wenn der kündigende Vertragspartner dem anderen Vertragspartner zuvor ohne Erfolg in Schriftform eine angemessene Frist und – soweit gem. Abs. 2 oder Abs. 3 erforderlich – eine angemessene Nachfrist zur Vertragserfüllung gesetzt und erklärt hat, dass er nach fruchtlosem Ablauf der Frist den Vertrag kündigen werde. Das gilt nicht, wenn der Vertragspartner die Vertragserfüllung schon zuvor endgültig und ernsthaft verweigert hat, so dass eine Fristsetzung eine sinnlose Förmlichkeit darstellen würde. Im Fall des Abs. 2 Punkt 6 ist der Auftraggeber berechtigt, den Vertrag ohne weitere Fristsetzung zu kündigen, wenn der Auftragnehmer im Anschluss an eine Nachfristsetzung seinen Verpflichtungen wieder nachgekommen ist, dann aber erneut gegen die Verpflichtung zur wöchentlichen Vorlage des Bautagebuchs verstößt, indem er dieses mehr als 5 Werktage verspätet vorlegt.

(5) Im Falle der ordentlichen Vertragskündigung durch den Auftraggeber behält der Auftragnehmer für die bis dahin abgerufenen Leistungen den Anspruch auf das vertragliche Honorar auch für die infolge der vorzeitigen Vertragsbeendigung nicht mehr erbrachten Leistungen. Er muss sich jedoch dasjenige anrechnen lassen, was er infolge der Aufhebung des Vertrages an Aufwendungen erspart, sowie außerdem auch dasjenige, was er durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt (»anderweitiger Erwerb«). Die ersparten Aufwendungen werden mit 95 % des Honorars der abgerufenen und noch nicht erbrachten Leistungen festgelegt, sofern nicht der Auftraggeber höhere oder der Auftragnehmer geringere Ersparnisse nachweist. Anderweitiger Erwerb ist von dieser Pauschalierung nicht umfasst und zusätzlich zu berücksichtigen.

(6) Im Falle einer Vertragsbeendigung durch eine vom Auftraggeber ausgesprochene Kündigung oder eine einvernehmliche Vertragsaufhebung aus einem wichtigen, vom Auftragnehmer zu vertretenden Grund hat der Auftragnehmer lediglich Anspruch auf Vergütung der bis zu diesem Zeitpunkt erbrachten Leistungen, soweit die erbrachten Leistungen für den Auftraggeber in zumutbarer Weise verwertbar sind. Sofern ein Anspruch des Auftraggebers dem Auftragnehmer gegenüber auf Schadensersatz und/oder auf Mehrkostenerstattung besteht, ist der Auftraggeber berechtigt, mit diesem Anspruch die Aufrechnung gegenüber dem Vergütungsanspruch des Auftragnehmers zu erklären.

§ 20 Schlussbestimmungen

(1) Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen worden. Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform. Soweit in diesem Vertrag von Textform die Rede ist, findet § 126b BGB mit der Maßgabe Anwendung, dass auch eine Übermittlung per E-Mail, nicht aber eine Übermittlung per Messenger (WhatsApp, Signal etc.) dieser Form genügt. Soweit in diesem Vertrag von Schriftform die Rede ist, gilt zusätzlich zu den Voraussetzungen der Textform (wie vorbeschrieben), dass ein handschriftlich unterzeichnetes Dokument zu übermitteln ist; die gemeinsame Unterschrift auf einer Urkunde ist nicht erforderlich.

(2) Sollten Bestimmungen dieses Vertrages, eine künftig in ihn aufgenommene Bestimmung oder ein wesentlicher Teil dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden oder sollte dieser Vertrag lückenhaft sein, so soll dies

die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht berühren. Anstelle der unwirksamen Bestimmung werden die Parteien in diesem Falle eine wirksame Bestimmung vereinbaren, die dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung – insbesondere dem, was die Parteien wirtschaftlich beabsichtigt hatten – entspricht oder ihm am nächsten kommt. Im Falle von Lücken werden die Parteien eine Vertragsergänzung vereinbaren, die dem entspricht, was nach Sinn und Zweck dieses Vertrages vereinbart worden wäre, hätten die Vertragsparteien die Angelegenheit von vornherein bei Abschluss des Vertrages bedacht.

(3) Entstehen bei der Durchführung und Abwicklung dieses Vertrages Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragspartnern, werden die Parteien zunächst versuchen, den Streit auf gutlichem Wege beizulegen. Streitfragen berechnen die Parteien nur insoweit, ihre Mitwirkung an der Vertragserfüllung einzustellen, als ihnen aufgrund vertraglicher oder gesetzlicher Vorschriften ein Zurückbehaltungsrecht zusteht.

(4) Sofern die Voraussetzungen einer Gerichtsstandsvereinbarung nach § 38 Abs. 1 Satz 2 ZPO vorliegen, ist Wahlgerichtsstand auch der Ort, an dem die tatsächlichen Bauleistungen im Schwerpunkt ausgeführt werden. Sind nur Planungsleistungen Gegenstand des Auftrages, ist Wahlgerichtsstand auch der Geschäftssitz des Auftraggebers.

(5) Der Vertrag unterliegt deutschem Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.